

### **Beratungsfolge**

| <b>Gremium</b>                    | <b>Datum</b> | <b>Status</b> | <b>Zuständigkeit</b> |
|-----------------------------------|--------------|---------------|----------------------|
| Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr | 15.05.2025   | Ö             | Entscheidung         |

|                                  |   |
|----------------------------------|---|
| <b>Freigabedatum:</b> 07.05.2025 | <b>Gestellt von:</b> CDU-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
|----------------------------------|---|

## **Entschärfung der Gefahrenstelle am RS 1**

### **Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und der CDU**

#### **Beschlussvorschlag**

Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und die CDU beantragen:

Die Verwaltung wird gebeten, Kontakt mit dem BLB, Straßen.NRW und der HRW aufzunehmen und auf eine Entschärfung des Gefahrenpunktes am Ausbauende des Radschnellweges zu drängen.

Mögliche Maßnahmen sind:

- Bau eines reflektierenden Geländers/Zauns zwischen der Rampe und dem Ausbauende
- deutlichere Ausschilderung der Radroute zwischen Einmündung Liebigstr./ Duisburger Str. und Ausbauende (größere Schilder, Piktogramme mit Pfeilen auf dem Boden etc.)
- Weiterbau des RS 1 um ca. 100 m zur Führung des Radverkehrs an eine neue Anschlussstelle Duisburger Straße gemäß Bebauungsplan „Wissollstr./Liebigstr. Y 12 a“ aus 2021.

#### **Sachverhalt**

Am 26. April hatte ein 43-jähriger Mann mit seinem Mountainbike von der Duisburger Straße kommend regelwidrig den Weg zur Poststelle der HRW befahren und war über eine ungesicherte Mauer auf den etwa 50 cm tiefer liegenden Radschnellweg gestürzt. Dabei hatte er sich tödliche Verletzungen zugezogen. Es war nicht der erste Unfall, der sich dort ereignet hat.

Für Radfahrende ist der Weg zur Poststelle zwar seit 2020 nicht mehr freigegeben, die Schranke ist aber häufig offen und in der Dunkelheit das Durchfahrts-Verboten-Schild nicht wahrnehmbar. Für Radfahrende, die aus der Liebigstraße kommen, erscheint dieser Weg aber naheliegend. Da es sich beim Radschnellweg um eine überörtliche Strecke handelt, ist damit zu rechnen, dass hier regelmäßig ortsunkundige Radfahrende unterwegs sind. Die Stadt ist hier nicht zuständig und auch aus baurechtlicher Sicht ist keine Umwehrung dieses Höhenunterschiedes nötig. Nach dem tragischen Vorfall ist eine Entschärfung des Gefahrenpunktes jedoch zwingend.

Die antragstellenden Fraktionen haben den Punkt bereits in der aktuellen Fragestunde des Planungsausschusses angesprochen und wollen mit dem Antrag die Dringlichkeit des Anliegens noch einmal unterstreichen.

Brigitte Erd & Timo Spors

Christina Küsters

Fraktionsvorsitzende

Fraktionsvorsitzende

Bündnis 90 / Die Grünen

der CDU-Fraktion

**Anlage/n**

Keine